

Bericht des Bundesrates

vom 7. März 2014

**über Motionen und Postulate der
gesetzgebenden Räte im Jahr 2013**

Der Bundesrat hat den Bericht «Grüne Wirtschaft: Rolle des Staates hinsichtlich einer effizienten Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen» in Erfüllung des Postulats an seiner Sitzung vom 27. Februar 2013 verabschiedet. Der Bericht ist auf folgender Seite abrufbar: www.seco.admin.ch > Aktuell > Medienmitteilungen 2013.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2011 P 11.3710 Wirtschaftliche Zuwanderung. Untersuchung der Ursachen und Einflussfaktoren (N 28.9.11, Girod)

Der Bundesrat wird beauftragt, eine unabhängige wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben, die untersucht, welche Faktoren die wirtschaftliche Zuwanderung in die Schweiz beeinflussen und mit welchen Massnahmen diese reduziert werden kann, ohne dabei die bilateralen Verträge mit der EU zu gefährden oder humanitäre Verpflichtungen zu verletzen.

Der Bundesrat teilt die Stossrichtung des Postulats. Er hatte im Jahr 2011 das Bundesamt für Migration (BFM) beauftragt, eine solche Expertise zu veranlassen. Die Studie «Motivation der Zuwanderung aus dem EU25/EFTA Raum in die Schweiz» wurde am 6. Dezember 2013 auf der Internetseite des BFM veröffentlicht (www.bfm.admin.ch > Dokumentation > Berichte > Arbeitsmarkt und FZA > Motivation der Zuwanderung aus dem EU-25/EFTA-Raum in die Schweiz).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2011 P 11.3726 Wohnen und Arbeiten wieder näher zusammen bringen (N 30.9.11, Wyss Brigit)

Der Bundesrat hatte in seiner Stellungnahme zum vorliegenden Postulat den engen inhaltlichen Bezug zum parallel eingereichten Postulat Vischer (11.3702 «Reduktion des Mobilitätszwangs namentlich durch raumplanerische Massnahmen») betont und die Behandlung der verwandten Fragen (Umgang mit und Reduktion der Mobilität) im Rahmen einer Botschaft, z. B. zur Revision des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979 (SR 200), vorgeschlagen. Der Nationalrat hat das Postulat 11.3702 am 23. Dezember 2011 abgelehnt. Folgerichtig ist aus Sicht des Bundesrates, auch das Postulat 11.3726 wegen der engen inhaltlichen Bezüge der beiden Postulate abzuschreiben.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2011 P 11.3999 Grenzgängerinnen und Grenzgänger und starker Franken. Folgen und Begleitmassnahmen (N 21.12.11, Favre Laurent)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat beauftragt, angesichts der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation infolge der Frankenstärke die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Grenzgebiet und die Auswirkungen auf die Lohnentwicklung zu prüfen. Er soll die Stellensituation für einheimische Arbeitskräfte im Grenzgebiet untersuchen und nötigenfalls konkrete Vorschläge formulieren, wie der Arbeitslosigkeit und den potenziellen Fällen von Lohnunterbietung begegnet werden kann.

Der Bundesrat hat den Bericht in Erfüllung des Postulats an seiner Sitzung vom 20. November 2013 verabschiedet. Der Bericht ist auf der Internetseite des Staatssekretariates für Wirtschaft (SECO) zu finden (www.seco.admin.ch > Dokumentation > Publikationen und Formulare > Studien und Berichte « Grenzgängerinnen und Grenzgänger und starker Franken. Folgen und Begleitmassnahmen»).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2012 P 12.3495 Einrichten einer Tourismusbank in der Schweiz (S 17.9.12, Baumann)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, bis Ende 2012 in einem Bericht aufzuzeigen, wie in der Schweiz eine Tourismusbank nach österreichischem Vorbild aufgebaut werden könnte.

Der vom Bundesrat in seiner Sitzung vom 26. Juni 2013 verabschiedete Bericht über die strukturelle Situation des Schweizer Tourismus und die künftige Tourismusstrategie des Bundesrates enthält einen Exkurs, der die Möglichkeiten zum Aufbau einer Tourismusbank nach österreichischem Vorbild vertieft darlegt. Der Exkurs basiert weitgehend auf einer vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) im Zusammenhang mit dem Postulat in Auftrag gegebenen Studie von PricewaterhouseCoopers AG (PWC), welche den Aufbau einer Tourismusbank in der Schweiz nach österreichischem Vorbild geprüft hat. Der Bundesrat beurteilt den Aufbau einer Tourismusbank in der Schweiz als nicht zweckmässig. Die staatlichen Tourismusförderungen in der Schweiz und in Österreich sind im historischen Kontext zu betrachten und nur bedingt miteinander vergleichbar. Die historische und institutionelle Pfadabhängigkeit hat zur Folge, dass der Aufbau einer Tourismusbank in der Schweiz nach österreichischem Vorbild weitreichende und kaum vorhersehbare Auswirkungen auf das gesamte nationale Standortförderungssystem hätte. Die Prüfung eines Aufbaus einer Tourismusbank in der Schweiz nach österreichischem Vorbild liefert aber auch Ansatzpunkte für die Optimierung der Beherbergungsförderung in der Schweiz. Diese Ansatzpunkte fliessen in das im Bericht über die strukturelle Situation des Schweizer Tourismus und die künftige Tourismusstrategie des Bundesrates vom 26. Juni 2013 vorgeschlagene Massnahmenpaket ein.

Der Bericht des Bundesrates und die Studie von PWC sind auf der Internetseite des SECO zu finden (www.seco.admin.ch > Themen > Standortförderung > Tourismuspolitik).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2012 P 12.3467 Zweitwohnungs-Initiative. Massnahmen gegen die negativen Folgen für die regionale Wirtschaft (S 25.9.12, Fournier)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, die Folgen der Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen» auf die davon betroffenen regionalen Wirtschaften zu untersuchen. Gestützt auf diese Untersuchung und in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen soll er anschliessend rasch prüfen, ob ein Massnahmenpaket zur Unterstützung der betroffenen Sektoren geschnürt werden sollte.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) hat die Auswirkungen der Zweitwohnungsinitiative auf die touristische und regional-wirtschaftliche Entwicklung in den hauptsächlich betroffenen Regionen anhand von zwei sich ergänzenden Gutachten untersuchen lassen. In einem ersten Gutachten des Wirtschaftsforschungsinstituts BAKBASEL werden die volkswirtschaftlichen

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Generalsekretariat

keine

Preisüberwachung

2012 P 12.3568 Kampf gegen teure Tierarzneimittel (N 28.9.12, Gschwind)

Büro für Konsumentenfragen

Keine

Vollzugsstelle für den Zivildienst

2012 M 11.3362 Zivildienst. Mehr Nutzen durch bessere Ausbildung (N 30.9.11, Müller Walter; S 30.5.12)

Wettbewerbskommission

Keine

Kommission für Technologie und Innovation

2012 M 11.4136 Kommission für Technologie und Innovation. Nachhaltige Fördertätigkeit (S 7.3.12, Gutzwiller; N 27.9.12)

2012 P 11.3907 Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Zulieferindustrie (N 27.9.12, Fiala)

Staatssekretariat für Wirtschaft

2000 P 00.3198 WTO. Soziale und Umweltfragen (N 15.6.00, Aussenpolitische Kommission NR 99.302)

2002 P 01.3681 Schaffung einer parlamentarischen Versammlung im Rahmen der WTO (N 22.3.02, Aussenpolitische Kommission NR)

2002 P 01.3644 Bericht über den Handlungsbedarf aus dem Fall Swissair (N 21.6.02, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

2002 P 01.3067 Sicherheit der Nahrungsmittel. Wichtiges Thema der WTO-Verhandlungen (N 13.3.02, Christlichdemokratische Fraktion; S 11.12.02)

2008 P 06.3011 Für menschengerechte Handelsregeln und –praktiken (N 19.12.08, Aussenpolitische Kommission NR 06.2001)

2010 M 07.3856 Ausgewogeneres und wirksameres Sanktionssystem für das Schweizer Kartellrecht (S 6.3.08, Schweiger; N 3.12.09; S 21.9.10; Abschreibung beantragt BBl 2012 1835)

2010 P 10.3429 Erhebung der Regulierungskosten (S 21.9.10, Fournier)

2010 P 10.3592 Messung der Regulierungskosten (N 1.10.10, Zuppiger)

2010 M 09.3360 OECD-Führung durch Ministerrat oder durch G-20? (N 22.9.09, Aussenpolitische Kommission NR; S 2.3.10; N 6.12.10)

2010 M 10.3279 Gegen Diskriminierung bei grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringungen im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens (N 18.6.10, Freisinnig-demokratische Fraktion; S 1.12.10)

2011 P 10.3971 Mehr Nutzen aus Freihandelsabkommen durch Kreuzkumulation (N 18.3.11, Noser)

2011 M 10.3626 Lebensmittelproduktion. Ökologische und soziale Zustände (N 13.12.10, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 8.6.11)

2011 P 11.3466 Nachhaltige Entwicklung und Standortförderung (N 31.5.11, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR 11.019)

2011 P 10.3373 Grüne Wirtschaft (N 19.9.11, Bourgeois)

2011 P 11.3461 Eine Industriepolitik für die Schweiz (N 19.9.11, Bischof)

2011 P 11.3536 Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze in den energieintensiven Industrien sichern (N 19.9.11, Heim; Abschreibung beantragt BBl 2013 7562)

2011 P 11.3044 Prospektivstudie zum Fachkräftebedarf nach Branchen und Berufsprofilen (N 28.9.11, Aubert)

2011 P 11.3710 Wirtschaftliche Zuwanderung. Untersuchung der Ursachen und Einflussfaktoren (N 28.9.11, Girod)

2011 P 11.3697 Evaluation der Neuen Regionalpolitik (N 30.9.11, von Siebenthal)

2011 P 11.3726 Wohnen und Arbeiten wieder näher zusammenbringen (N 30.9.11, Wyss Brigit)

2011 P 11.3999 Grenzgängerinnen und Grenzgänger und starker Franken. Folgen und Begleitmassnahmen (N 21.12.11, Favre Laurent)

2012 M 11.3927 Strategie des Bundes für die Berggebiete und ländlichen Räume (S 20.12.11, [Maissen]-Bischofberger; N 11.6.12)

2012 P 10.3379 Senkung der Gesundheitskosten durch die Arbeitsinspektorate (N 3.5.12, Chopard-Acklin)

2012 P 12.3266 Rechtliche Rahmenbedingungen für Pendelmigration zur Alterspflege (N 15.6.12, Schmid-Federer)